

Großer, Günter

Article — Digitized Version

## Westeuropa verliert den Anschluß

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Großer, Günter (1984) : Westeuropa verliert den Anschluß, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 9, pp. 416-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135955>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Günter Groß

## Westeuropa verliert den Anschluß

**W**ährend das reale Brutto-sozialprodukt in diesem Jahr in den USA und Japan um reichlich 7 % bzw. 5 % zu steigen verspricht, wird sich Westeuropa wohl mit einer Wachstumsrate von wenig mehr als 2 % begnügen müssen. Die Bundesrepublik als größte Volkswirtschaft dieses Wirtschaftsraumes trägt mit einer nicht nennenswert höheren Rate zu dem schwachen Ergebnis bei. Umgekehrt sind aber auch ihre Aussichten auf eine fortschreitende Überwindung der Wirtschaftsschwäche erheblich belastet, solange sich im übrigen Westeuropa – das nach wie vor zwei Drittel der deutschen Ausfuhr aufnimmt – der Wachstumshorizont nicht aufhellt.

Gegenwärtig ist eine konjunkturelle Standortbestimmung in Westeuropa dadurch erschwert, daß mit Großbritannien und der Bundesrepublik gerade die beiden Volkswirtschaften, von denen die entscheidenden Impulse zur Konjunkturbelebung ausgegangen waren, in den statistischen Schatten streikbedingter Produktionsausfälle geraten sind. Es ist schwer zu schätzen, wie sehr derartige Ereignisse auch das

Konjunkturklima belasten. Jedenfalls scheint es aber nach den laufenden Unternehmensbefragungen nicht nur in den beiden genannten Ländern wieder labiler geworden zu sein.

Die alle Erwartungen sprengende Robustheit des Aufschwungs in den USA steht so bis in die jüngste Zeit in scharfem Kontrast zu der schleppenden Aufwärtsbewegung in Westeuropa. Wenn der Konjunkturfunkel nicht überspringt, so darf zunächst nicht außer Betracht bleiben, daß auf Nordamerika nur ein Viertel der gesamten europäischen Ausfuhr nach Übersee entfällt. Die Nachfrageanregungen aus den USA werden also in erheblichem Maße durch die gedrückte Entwicklung der Exporte nach den Erdöl-export- und anderen Entwicklungsländern konterkariert.

Neben dem Nachfragezusammenhang zwischen Westeuropa und den USA ist in den letzten Jahren die wirtschaftspolitische, namentlich die monetäre Verflechtung in den Vordergrund gerückt. Zwar zeigt gerade die bisherige Entwicklung in diesem Jahr, daß Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation und bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen in Westeuropa den Zusammenhang lockern können. Gleichwohl stellen aber von den USA ausgehende Zins- und Wechselkursimpulse ein Element anhaltender Verunsicherung in den anderen Volkswirtschaften dar, zumal sich dabei der Dollar immer weiter von Kursvorstellungen entfernt, die sich etwa am Leistungsbilanzdefizit der USA orientieren.

Bei alledem wird indes die damit verbundene tatsächliche Einengung wirtschaftspolitischer Aktionsfreiheit in Westeuropa häufig übertrieben. Denn in vielen Ländern dominieren die internen Handlungszwänge, die sich aus der Notwendigkeit weiterer Stabilisierung und Konsolidierung ergeben. Hohe Zinsen sind dann weniger aus den USA

„importiert“, sondern sie erklären sich nicht zuletzt aus der übermäßigen Beanspruchung des heimischen Kapitalangebots durch den Staat; sein Finanzierungsdefizit erreicht in Westeuropa durchschnittlich mehr als 5 % des Sozialprodukts. Die damit verbundene Fehlenkung der Ressourcen in konsumtive Verwendungen belastet zugleich die weiteren Wachstumschancen der europäischen Wirtschaft.

Der Zins ist unter Berücksichtigung des laufenden Preisanstiegs ohnehin in allen westeuropäischen Volkswirtschaften merklich geringer als in den USA. Gleichwohl zeichnet sich ein Investitionsaufschwung wie dort bisher nicht ab, auch wenn sich die Investitionsneigung im Zuge der Konjunkturbesserung leicht erholt hat. Die fundamentalen Bedingungen für die Entfaltung größerer Investitionsdynamik erscheinen nämlich in Westeuropa nach wie vor viel ungünstiger als in den USA und Japan.

So wird einmal die Flexibilität und Produktivität der westeuropäischen Volkswirtschaften weit mehr durch die Beanspruchung des gesamtwirtschaftlichen Produkts für Staatskonsum und Umverteilung gemindert; die laufenden Staatsausgaben, d. h. ohne Investitionen, erreichen in Westeuropa fast 50 % des Bruttosozialprodukts, während diese Quote in den USA um fast ein Viertel und in Japan um nahezu die Hälfte niedriger ist. Zum anderen sind die Widerstände gegen den Strukturwandel in der Gesellschaft und speziell bei den Arbeitnehmern in Westeuropa erheblich größer, wie sich auch in den Arbeitskonflikten der letzten Monate zeigte.

Die Wachstumschancen Westeuropas bleiben unter diesen Umständen weiterhin mit schweren Hypotheken belastet. Dies erklärt letztlich, weshalb hier auch mittelfristige Prognosen noch keinen steileren Wachstumspfad verheißen.